

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2015
– Drucksache 15/7797**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 11: Dienstreisemanagement des Landes**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2015 – Drucksache 15/7797 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. den wegen der Umsetzung der Polizeireform zurückgestellten Wegfall von vier Stellen dergestalt zu realisieren, dass zwei Stellen im Haushalt 2017 und zwei Stellen im Haushalt 2018 abgebaut werden;
 2. das Risikomanagement entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen auszubauen, die Abrechnung von Einsatzabfindungen zu automatisieren und die elektronische Beantragung von Sammelabrechnungen zeitnah zu ermöglichen und die sich daraus ergebenden Stelleneinsparungen zu realisieren;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2017 zu berichten.

21. 01. 2016

Der Berichterstatter:

Joachim Kößler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/7797 in seiner 68. Sitzung am 21. Januar 2016. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigelegt.

Der Berichterstatter legte dar, der Denkschriftbeitrag des Rechnungshofs aus dem Jahr 2014 sei sehr erfolgreich gewesen. Der Rechnungshof habe sehr viele sinnvolle Empfehlungen zum Dienstreisemanagement des Landes gegeben. Diesen sei die Landesregierung weitgehend gefolgt. Hemmnisse bestünden noch im Hinblick auf die Sammelabrechnungen bei der Polizei. Diese Hemmnisse sollten so schnell wie möglich beseitigt werden.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*), wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig zu.

30. 01. 2016

Joachim Kößler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2015
– Drucksache 15/7797**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 11: Dienstreisemanagement des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2015 – Drucksache 15/7797 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. den wegen der Umsetzung der Polizeireform zurückgestellten Wegfall von vier Stellen dergestalt zu realisieren, dass zwei Stellen im Haushalt 2017 und zwei Stellen im Haushalt 2018 abgebaut werden;
 2. das Risikomanagement entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen auszubauen, die Abrechnung von Einsatzabfindungen zu automatisieren und die elektronische Beantragung von Sammelabrechnungen zeitnah zu ermöglichen und die sich daraus ergebenden Stelleneinsparungen zu realisieren;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2017 zu berichten.

Karlsruhe, 18. Januar 2016

gez. Max Munding

gez. Ria Taxis